

Bierstädter Zeitung



Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 70 Pfg., durch die
Post vierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordensstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Zeilen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Köderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 3.

Dienstag den 7. Januar 1919.

19. Jahrgang.

Programm der Deutschen Volkspartei. Freiheit und Vaterland.

Krieg und Umsturz haben Staatsverfassung und Partei-
formen gesprengt, neue Parteigeilde treten auf. Wir be-
kennen uns zu einer nationalen und wahrhaft
demokratischen Politik. Alle Gleichgesinnten for-
dern wir auf, sich mit uns um das Banner der Deutschen
Volkspartei zu scharen.

Je schwerer Deutschland unter den vernichtenden Folgen
des verlorenen Krieges leidet, um so bewusster stellen wir
unsere ganze Politik unter den nationalen Ge-
danken, um so schärfer lehnen wir alle dieartigen Be-
strebungen ab, die unseres Volkes Eigenart verwischen und
verdunkeln. Die Reichseinheit ist uns die Grundlage
unseres politischen Wirkens, innerhalb der Reichseinheit
soll kulturelle Stammesart, unter Ablehnung
sowohl zentralistischer Bevormundung wie partikularistischer
Sonderbestrebungen, sich frei entfalten können. Wir
bedürfen mit voller Zustimmung die von den Deutschen
Volkspartei gewünschte Vereinigung mit
dem Reich. Wir wünschen eine kulturelle Verbindung
mit den Deutschen im Ausland und die volle Sicher-
stellung ihrer Erwerbstätigkeit in allen Ländern. Wir
beharren auf unserem Recht auf koloniale
Betätigung und wir verlangen die Sicherung der
Freiheit der Meere als wesentliche Grundlagen für
den Neuaufbau unserer Wirtschaft. Unter der Bedingung
völliger Gleichberechtigung aller Staaten bedürfen auch wir
den Gedanken des Völkerbundes.

Wir bekennen uns zu dem demokratischen, allgemeinen,
gleichem und geheimen Wahlrecht nach der Verhältniswahl
für beide Geschlechter.

Wir verlangen völlige Neuordnung des Aus-
wärtigen Amtes und unserer ausländischen
Vertretungen.

Ein Volksheer, umgestaltet nach den Erfahrungen
dieses Krieges, aufgebaut auf den Grundätzen: Gerechtig-
keit, Manneszucht, Kameradschaft.

Sicherung der Freiheit für Wort und Schrift für Ver-
sammlung, Unabhängigkeit der Gerichte.

Beste Selbstverwaltung auf demokratischer Grund-
lage in Gemeinde, Kreis und Provinz.

Volle Gleichberechtigung aller deutschen
Bürger an allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ohne
Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung.

Erhaltung und Kräftigung eines breiten Mittel-
standes in Industrie, Handwerk, umfassende Fürsorge-
einrichtungen für den Mittelstand.

Saumbürgerliche Fürsorge und würdige Versorgung der
Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen
der Kriegsteilnehmer durch das Reich auf Grund
unveräußerlich gewährleisteten Anspruchs.

Sicherung der Stellung der Beamten, Offiziere
und Lehrer, materiell und rechtlich. Anerkennung ihrer
Organisationsfreiheit, Errichtung von Beamtenverbänden.

Wir treten ein für Kräftigung und Wahrung der
freien Bauern auf eigener Scholle.

Wir treten ein für die im Interesse der Volksernährung
unbedingt notwendige Erhaltung und Förderung einer
leistungsfähigen Landwirtschaft für eine groß-
zügige Siedlungspolitik; Dornäcker, Großgrundbesitz, Fidei-
kommissare sind hierzu in ausgiebiger Weise heranzuziehen.
Der soziale Aufstieg des Landarbeiters, die Wahrung
des für ihn, zu Eigenbesitz zu gelangen, ist weitestgehend zu
erleichtern.

Wir verlangen umfassende Unterstützung des Klein-
wohnungswesens, Beseitigung aller ungesunden Con-
ditionen in Grund und Boden und soziale Neuordnung
des Boden- und Wohnungsrechtes.

Wir verlangen volle Koalitionsfreiheit, ein
volles sozialgestütztes Arbeiter- und Anse-
stellenrecht, energische Weiterführung der Sozial-
politik, insbesondere auch Ausbau der Frauen-
Arbeits- und Kinderschutzgesetze, Anerkennung
und Einfließen der Berufsverbände in das öffentliche Recht;
die internationale Regelung der sozialpolitischen Geset-
gebung ist zu erwirken.

Wir halten fest an dem Grundsatz des Privat-
igentums und des Erbes, wir halten fest
an der leidenden Stellung des Unternehmers in seinem Be-
trieb wie in der Volkswirtschaft, jedoch unter anse-
ndlicher Berücksichtigung der Arbeiter und
Knechtlichen durch ihre Ausübung und ihre

treten. Wir stellen uns in bewusstem Gegensatz
zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung
aller Produktionsmittel und in der Aufhebung
des Privateigentums ihr politisches und wirtschaftliches
Ziele setzen. Einer Ueberführung dazugehöriger
Betriebszweige in die Rettung und das Eigen-
tum der öffentlichen Gewalt sind wir bereit, zu-
zustimmen, sofern dadurch für die Allgemeinheit ein
höherer Ertrag und für die Arbeitnehmer bessere
Lebensbedingungen geschaffen werden.

Tiefe geschichtlich überkommene Verbindung von
Staat und Kirche darf nicht gelöst werden. Der
Religionsunterricht gehört nach wie vor in die Schule
kein Gewissenszwang für Eltern und Lehrer, die geistliche
Schulaufsicht ist zu beseitigen, die hauptamtliche Schulauf-
sicht allgemein durchzuführen. Die allgemeine und die
Fachbildung sollen gehoben, die höheren Lehranstalten
ihres Charakters als Ständeschulen entkleidet werden.
Alles Verechtigungsunwesen ist zu be-
seitigen.

Die gewaltigen finanziellen Anforderungen, die an
uns herangetragen werden, Stenern und wirtschaft-
liche Maßnahmen verschiedenster Art, auch Mo-
nopol, notwendig machen. Wir verlangen, daß in dem
Steuerwesen eine Reichsbeitragssteuer und Erbschafts-
steuer, schärfste Erfassung der Kriegsgewinne
und eine Vermögensabgabe sich befinden. Die Vermögens-
abgabe muß jedoch in Formen geschehen, die die wirt-
schaftliche Tätigkeit nicht unterbinden.

Die Umwälzung hat der Frau die Gleichberech-
tigung im politischen Leben gebracht. Dieses
Recht muß der Frau erhalten bleiben; darüber hinaus
fordern wir die Zulassung der Frau zur Vorbildung und
Ausübung öffentlicher Ämter. Alle privatrechtlichen
Hürden, die noch zu Ungunsten der Frau bestehen, müssen
aufgehoben werden.

Von der derzeitigen Regierung verlangen wir, daß sie
endlich energisch für Ruhe und Ordnung sorgt. Wir
sind bereit, dafür unter der jetzigen Regierungsform mit-
zuarbeiten und alle Bestrebungen der tatsächlichen Re-
gierung nach diesem Ziele zu unterstützen. Wir verlangen
aber die Beseitigung der Eingriffe unse-
rer Personen in die Tätigkeit der Ge-
richte, Behörden und Kommunalverwal-
tungen, in die Koalitions- und Presse-
freiheit. Wir verlangen die Beseitigung der Mißwirtschaft
und maßlosen Verschwendung öffentlichen Geldes
und öffentlicher Güter. Wir verlangen die Beseitigung
der unverantwortlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben,
die uns mit Hungernot, Anarchie und Staatsbankrott
bedrohen.

Wir fordern die Sicherstellung der Staats-
und Kriegsanleihen, der Sparkassenein-
lagen, Bankdepotiten und der gewährleisteten
Pensions- und Rentenbezüge.

Wir fordern den sofortigen Abbruch der bureau-
kratischen Zwangswirtschaft. Wir verlangen
die sofortige Ueberführung der letzten, lediglich auf den
Tatsachen der Revolution beruhenden Regierungsge-
walt in eine neue Rechtsordnung; wir ver-
langen daher die unverzügliche Einberufung der Na-
tionalversammlung als verfassung- und gesetz-
gebender Körperschaft; ohne deren Zustimmung entbehrt
jede Gesetzgebung der rechtlichen Grundlage.

Wir verlangen, daß die jetzige Regierung alles daran
setzt, sofort den Frieden zu erhalten, damit der Neu-
aufbau des deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft
schleunigst in Angriff genommen werden kann.

Alle diejenigen, welche bereit sind, nach diesen Grund-
sätzen und diesen Zielen mit uns zu arbeiten und sich mit
uns zur Deutschen Volkspartei in Verbindung zu
setzen, rufen wir zur Mitarbeit auf; unsere Aufforderung ergeht
insbesondere auch an die deutschen Frauen und die
deutsche Jugend, die nun in den Kreis der politischen
Bewegten eingetretten sind. Schreiben sie uns und zu-
sammen unter der Adresse:

Freiheit und Vaterland!

Die Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei befindet sich Rengasse 911.

Selbstopferung eines Bergrats.

Die Mahnung aus dem Grabe.

DZ. Rattowitz, 8. Jan. (Drahtmeldung.)
Bergrat Jostisch ist freiwillig aus dem Leben gegangen.
Er hat diesen Schritt in folgendem Schriftstück begründet:
An die ober-schlesischen Berg- und Hüttenleute. Nach-
dem wir uns vergeblich bemüht haben, auch durch Worte
zu belehren, habe ich mich entschlossen, es durch eine Tat
zu versuchen. Ich herbe, um euch zu beweisen, daß die
Sorgen, die ihr über unser demütetes Dasein verhängt
habt, schlimmer sind als der Tod. Wohlgeachtet! Ich
opfere mein Leben, um euch darüber zu belehren, daß
ihr Unmögliche fordert. Die Lehre, die ich euch aus dem
Grabe zurufe, lautet: Wagt nicht und vertrittet eure
Beamten nicht. Ihr braucht sie und findet keine anderen,
die bereit sein werden, mit Wagnissen zu arbeiten.
Ihr braucht sie, weil ihr den Betrieb ohne Leiter nicht
führen könnt. Nehlen die Leiter, dann erliegt der Betrieb
und ihr müßt verhungern, mit euch eure Frauen, eure
Kinder und Hunderttausende unschuldige Bürger. Die
eindringliche Mahnung, die ich an euch richte, ruft euch
zu eifriger Arbeit. Nur wenn ihr mehr arbeitet als vor
dem Kriege und eure Ansprüche bescheiden werden,
kann ihr auf Ansehen von Lebensmitteln und auf erträg-
liche Preise rechnen. Da ich für euch in den Tod gegangen
bin, schänt meine Frau und meine lieben Kinder und
bietet ihnen, wenn sie durch eure Torheit in Not geraten,
Vorsorge. 1. Januar 1919. Jostisch.

Die heroische Selbstopferung des Bergrats Jostisch
zeigt uns den furchtbaren Ernst der Lage. Aber es geht
dahin, ob diese Tat auf die von zwei Seiten — Spartakus
und politischen Imperialismus — verhehten ober-schlesischen
Bergleute Eindruck machen wird. Wir glauben nicht daran,
denn die Leute sind, wie Herr Jostisch selbst sagt, als
Wohnung zu betrachten. Solche schließliche Senken brauchen
ihre Zeit, um sich auszutoben. Die Geschichte weiß aus dem
Laufe der Jahrhunderte wiederholt von solchen Massen-
wahnstimm zu berichten: er endete stets mit dem allgemeinen
Gleud.

Aus Posen.

DZ. Posen, 8. Jan. (Drahtmeldung.)
Von der Truppenabteilung des Posenschen Volkstages
geht uns folgende Meldung zu: Der von dem Soldatenrat
beauftragte Leiter des Sicherheitsdienstes im Posener
Polizeipräsidium, Blaker, ist gestern früh als ein von
den an den Ausschreitungen in Posen Mitbeteiligten im
Polizeipräsidium verhaftet worden. Auf dem Wege nach
dem Fort Grolmann floh Blaker und ist trotz dreimaligen
Rufes nicht stehen geblieben, worauf er von den eskortieren-
den Soldaten des Sicherheitsdienstes erschossen wurde.

Ein wendischer Freistaat in Deutschland.

Der „Berl. Volksanz.“ meldet aus Danzig: Die der
Danziger Arbeiter des „Danziger Anzeigers“ von un-
verküpfelter Seite erfährt, haben die Wenden weder die
Absicht, im deutschen Reichsverband zu bleiben, noch mit
den Tschechen eine Republik zu gründen, sondern wünschen,
einen Oberlausitzer Freistaat mit nationaler Selbstverwal-
tung, wie es in Böhmen der Fall ist, zu bilden. Diese
Forderungen stellen alle Wenden beider Konfessionen.

Ausweisung des deutschen Gesandten aus Luxemburg.

Die „Deutsche Anzeiger“ meldet aus dem Haag:
Der deutsche Gesandte in Luxemburg, Herr v. Buch, ist
aus dem Großherzogtum ausgewiesen worden.

Die Lebensmittelversorgung.

Eine Pariser Meldung sagt: Hoover erklärte: Die
Alliierten werden von Deutschland erwarten, daß es die
Schiffe, die benötigt werden, um Nahrungsmittel nach den
besetzten Ländern zu bringen, als Gegenleistung für die
Erlaubnis, selbst Nahrungsmittel zu erhalten, stellt. Es
muß auch Schiffe für die Heimbeförderung amerikanischer
Truppen stellen. Hoover fügte hinzu: Deutschland hat, ab-
gesehen von Fetten, bestimmt genügend Rohstoffmittel,
um noch eine Zeit lang auszukommen.

Aus Washington wird gemeldet, daß zwischen den
Verbindeten Staaten und den Regierungen der Länder
Nordamerikas Abmachungen unterzeichnet werden
sollen, die in diesen Ländern bestehenden Bedürfnisse an
Nahrungsmitteln und Kohle zu befriedigen. Unter
anderem soll die Ausfuhr von Schweinefleisch
und Schweinefleischwaren gestattet werden.

Amerikanische Kreuzer vor Danzig.

DZ. Danzig, 4. Jan. (Drahtmeldung.)
Gestern nachmittag trafen im Hafen von Rausfahrwasser
an Stelle des erwarteten amerikanischen Kreuzers „Getters“
die beiden amerikanischen Kreuzer „Wair“ und „Clou“,
von Groswater kommend, ein.

Wilson in Rom.

DZ. Rom, 4. Jan. (Drahtmeldung.)
Präsident Wilson traf am 3. d. M. um 10.35 morgens hier
ein. Auf dem Bahnhof wurde er vom König, der Königin,
den Ministern und den Behörden empfangen. Eine unge-
wöhnlich große Menge wartete ihn mit großer Begeisterung.

Die Friedensfrage.

(b.) Pariser Zeitungen berichten, daß sofort nach der Rückkehr Wilsons aus Italien die Alliierten die Friedensprozedur besprechen und ihr Programm ausarbeiten werden. Diese Verhandlungen dürften zweifellos in der ersten Hälfte des Januar stattfinden. Selbst wenn erklärt würde, daß die Alliierten völlig einig seien, könne der Friede doch erst am Tage unterzeichnet werden, wo Deutschland seine innere Ruhe wieder hergestellt haben werde.

Die Vorkonferenz.

(b.) Präsident Wilson soll am 6. oder 7. Januar nach Paris zurückkehren, worauf die ersten Besprechungen am Quai d'Orsay stattfinden würden. Laut „Echo de Paris“ soll Lloyd George Ende dieser Woche in Paris eintreffen.

Der Völkerbund.

(w.) Nach einer Radio-Rede aus New-York schreibt die „Evening Post“ vom 29. Dezember, daß im Senat die Opposition der Republikaner gegen die Völkerbundsdebatte abnimmt.

(*) Im norwegischen „Dagbladet“ tritt der Stortingspräsident Mowinkel in warmen Worten für den Frieden ein, um den jetzt die ganze Welt einen harten Kampf auskämpft. In diesem Frieden könnten die Neutralen nicht unbeteiligte Zuschauer sein, vielmehr müßten sie aktiv am Ausbau eines Friedens mitarbeiten, von dessen Gestaltung auch ihr nationales Dasein abhängig sein würde. Aber der Widerstand, den es hierbei zu überwinden gelte, sei mächtig. Deshalb karteten sich jetzt alle, die mit Sorge und Besimmernis den Frieden in Gefahr sähen, um Wilson, zu dessen Einfluß sie noch Vertrauen hatten, aber die ganze Welt sei mit ängstlicher Unsicherheit erfüllt. In Deutschland sei das alte System völlig zusammengebrochen, aber es seien in dem unglücklichen Lande anarchische Zustände zu befürchten, wenn Deutschland nicht durch den Frieden die Möglichkeit für einen wirtschaftlichen und nationalen Wiederaufbau erhalte. Aus allen Schichten der Kriegführenden und der Neutralen stiegen zu Wilson, von dem das Schicksal der ganzen Welt abzuhängen scheine, Hoffnungen auf, daß er an seinen Grundsätzen für das zukünftige Zusammenleben der Nationen im Völkerbunde festhalte, damit nicht all das Blut in all diesen Jahren vergeblich geflossen sei.

Wilson.

(b.) Das „Echo de Paris“ meldet aus Washington: Falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, wird Präsident Wilson sich am 10. Februar nach Amerika einschiffen.

Spanien.

(b.) Die Londoner „Times“ meldet aus Madrid: Am 19. Dezember werden dem deutschen Botschafter aus dem Botschaftspersonal die Pässe ausgehändigt.

Marokko.

(b.) Die „Times“ meldet aus Tanger: Abul Malek, der seit dem Frühjahr 1915 in der Gegend von Taza andauernd die Franzosen bekämpfte, wurde von seinen Anhängern verlassen und floh in die spanische Zone.

Merke! Merke!

Die Lebensmittelpreiserhöhung.

(w.) Hoover, der zurzeit in Paris weilt, hat nach London gebracht, daß Hoops Bedingungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes über den Verbrauch von 2½ Millionen Tonnen Schiffsraum nicht, wie es in dem deutschen Bericht heißt, im Rahmen Hoovers, sondern im Rahmen der Alliierten bekannt gemacht wurden. Die Bedingungen lauten nicht, 2½ Millionen Tonnen ausschließlich für die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands zu bestimmen, sondern es heißt einfach, daß diese Menge Schiffsraum unter Aufsicht des Verbandes zusammenzubringen sei.

Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

Unbedingt war er auch eine sympathische, männliche Erscheinung, und er versprach seinem Bruder mit den Jahren noch ähnlicher zu werden. Gemeinsam hatten die Brüder die guten, warmen Augen und das energisch vorpringende Kinn, auch Graf Henning trug keinen Bart.

„Du kannst gewiß, Henning. Erstens mal kennst du sowohl meine Braut als auch ihren Vater seit langen Jahren, und zweitens sind wir doch nun eine einzige Familie. Gerlinde wird uns übrigens beglücken. Vielleicht sagst du ihr gleich guten Tag, wenn du dich umgezogen hast. Aber halt dich nicht lange bei ihr auf, damit wir noch etwas voneinander haben.“ „Selbstverständlich! Du weißt ja, Gerlinde und ich, wir haben uns nicht viel zu sagen. Wir sind sozusagen Antipoden.“

„Das begreife ich nicht, Henning, sie ist doch eine so charmante Frau.“

„Omal! Mag sein! Aber nicht mein Geschmack. Also auf Wiedersehen näher, mein Alter.“

Damit verließ Graf Henning seinen Bruder und begab sich in seine Zimmer. Während er sich umkleidete, pfiff er vergnügt die neuesten Berliner Schläger vor sich hin, und er verkehrte mit seinem Diener in einem gemütlich scherzhaften Ton.

„So, Ordober, nun machen Sie mich mal schön, verstanden! Uniform natürlich. Na — liegt schon bereit. Na ja, Sie sind ein Patentkerl. Also dann, mein Sohn.“

Schnell war sein Anzug beendet, und aus dem Spiegel sah ihm ein schneidiger, bildhäßlicher Gardesoldat entgegen. Noch ein Rud am Säbelgurt, dann machte er militärisch kehrt und schritt hinüber nach den Zimmern der Gräfin Gerlinde. Er hatte anfragen lassen, ob er sie begrüßen dürfe, und sie hatte ihm sagen lassen, sie werde sich freuen.

Sie war schon in voller Abendtoilette und trug ein ganz weißes, weich fallendes Seidenkleid mit kleinem Ausschnitt und halblangen Ärmeln. Es schmiegte sich

Die Friedensfrage.

(w.) Nach einer Savas-Meldung wird der Friedensvertrag voraussichtlich im Juni 1919 in Versailles unterzeichnet werden. Derzeitige Lage spricht für den Einzug der Sieger durch den Pariser Triumphbogen statt.

Die Versenkungen.

(w.) Die englischen Blätter bringen ein Telegramm aus Paris, demzufolge die Gesamttonnage der von den U-Booten versenkten Schiffe aller Nationen 15 053 785 Tonnen beträgt.

Eine Botschaft des Papstes.

(b.) Nach einem drahtlosen Bericht aus Lyon wird der päpstliche Vertreter in den Vereinigten Staaten, Monsignore Cerretti, Wilson besuchen. Er überbringt eine Botschaft des Papstes an den Präsidenten.

Wilson.

(b.) London, 20. Dez. Das Reutersbüro erfährt, daß Präsident Wilson wahrscheinlich am 23. Dezember in London eintreffen wird.

(b.) London, 20. Dez. Der König wird den Präsidenten Wilson entweder im Palast Sandringham, wo der König das Weihnachtsfest zubringt, oder in London empfangen. Wahrscheinlich wird er sich zu diesem Zweck nach London begeben.

Wilson und Spanien.

(b.) Madrid, 20. Dez. Eine amtliche Note gibt bekannt, daß Wilson die Einladung der spanischen Regierung zu einem Besuche Spaniens abgelehnt, aber den Wunsch ausgedrückt hat, sich mit dem Grafen Romanones zu besprechen, der zur Unterredung mit Vertretern der englischen und italienischen Regierung sich gegenwärtig in Paris befindet.

Im Völkerbund und Meeresfreiheit.

(w.) Der republikanische Senator Knox erklärte im amerikanischen Senat, daß über die Bildung des Völkerbundes und die Festlegung des Begriffs der Freiheit der Meere große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Er erneuerte daher seinen schon am 3. Dezember eingebrachten Antrag auf Aufschub dieser Fragen bis nach der Friedenskonferenz. Er schlägt anstatt des Völkerbundes eine auf eng-naturlicher Grundlage beruhende Entente mit festumgrenzten Verpflichtungen vor. Die Vereinigten Staaten hätten für die Aufrechterhaltung des Friedens der Welt durch Aufstellung einer Art Monroe-Doctrin zu wirken, wonach die Bedrohung der Freiheit Europas auch eine Bedrohung Amerikas darstelle. Sollte von neuem eine solche Gefahr entstehen, so würden die Vereinigten Staaten mit ihren Freunden beraten und sich zum Eingreifen bereit halten.

Die Vorkonferenz.

(b.) „Echo de Paris“ meldet aus London: Die Zeitungen verkünden, daß die Friedenskonferenz, was die Alliierten betreffe, mit Zustimmung aller Mächte, am Montag, den 13. Januar festgesetzt worden sei.

(b.) Die „Petit Parisien“ teilt mit, daß der Sekretär der Friedenskonferenz von Gustav D'Almeida geleitet werden. Berthelot wird beigeordneter Direktor der politischen Angelegenheiten. „Matin“ bemerkt, es sei nicht ausgeschlossen, daß die russischen Delegierten der Friedenskonferenz in beratender Weise beizutreten werden.

„Central News“ meldet aus London, daß der serbische Premierminister Pasic von Belgrad nach Paris als erster Friedensdelegierter des südslawischen Staates abgereist ist.

„Evening News“ erwähnen, daß die Uebersee-Dominions auf der Konferenz durch General Botha für Südafrika, Sir Robert Borden für Kanada und W. M. Hughes für Australien vertreten sein werden.

Bolschewistische Wühlereien.

Nabel und Joffe in Berlin.

(b.) Die verschiedenen Berliner Blätter unverlässig

hören wollen, hat nach der bekannte Bolschewikennarr Nabel noch immer in Berlin auf. Auch der ehemalige Gesandte der Sowjet-Republik, Joffe, habe sich wieder in Berlin eingefunden. — Die demokratische Volkszeitung schreibt dazu: Daß Nabel immer noch da ist, sollte man kaum für möglich halten, daß aber auch Joffe zurückgekommen ist, grenzt ans Unglaubliche!

Der rollende Rubel.

(b.) Wie der „Vorwärts“ aus sicherer Quelle erfährt, bestehen auch heute noch Beziehungen zwischen der St. Petersburg Telegraphenagentur und dem Berliner Polizeipräsidenten, zumindest in finanzieller Beziehung. Erst in den allerletzten Tagen hat der Polizeipräsident Eichhorn von der russischen Telegraphenagentur, wie unumstößlich feststeht, 14 000 Mark in einem Einschreibebrief erhalten. Offenbar bezieht Eichhorn, sagt der „Vorwärts“, sein Gehalt von der russischen Telegraphenagentur unentwegt weiter, was allerdings für einen Berliner Polizeipräsidenten den Gipfelpunkt darstellt.

Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 6. Jan. (Regelung des Verkehrs.) An verschiedenen Straßeneinkreuzungen sind seit einigen Tagen französische Posten aufgestellt, die weißgrüne Armbinden tragen und mittels eines weißgrünen Fähnchens die Führer von Autos, Fuhrwerken u. d. benachrichtigen, wenn die Straße nicht frei ist. Durch diese Maßnahmen werden Unfälle nach Möglichkeit vermieden.

Mainz, 6. Jan. (Französisches Geld.) Infolge neuer Anordnungen müssen alle Einkäufe der französischen Truppen in deutschem Geld erfolgen. Den Banken ist nicht gestattet, den Militärpersonen Geld umzuwechseln. Die Truppen haben Geldumwechselungen nur bei militärischen Kasernen vorzunehmen.

Mainz, 6. Jan. (Bestrafungen.) Nach einer Mitteilung von zuständiger Seite sind in Ober-Olm vier Personen durch den Major Martin, Kommandeur des Stappenbezirks Mainz, zu Geldstrafen von je hundert Mark bestraft worden, weil sie in der vorgeschriebenen Zeit nicht die von der 1. Gruppe des 16. R.A.G. befohlenen Requisitionen ausgeführt haben. — Der Wirt Anton Röhn in Laubenheim ist durch Verfügung des Administrators Militaire des Kreises Mainz mit einer Geldstrafe von fünfzig Mark bestraft worden, weil er seine Wirtschaft bis über die durch Polizeiverordnung des Oberbefehlshabers der Armee festgesetzte Polizeistunde o'enanhalten hat.

Mainz, 6. Jan. (Verstärkung.) Das Spielen mit Pulver und Karbonen führte trotz aller Verwarnungen wiederum zu mehreren Unglücksfällen. Der 12jährige Schüler Friedr. Michel von hier zündete an der Stadtkasse eine größere Menge Schwarzpulver an, wobei er sich schwere Brandwunden am ganzen Körper zuzog. — Der 16jährige Lehrling Karl Schorr aus Pörsheim erlitt beim Spielen mit Pulver erhebliche Verletzungen im Gesicht und an den Händen. — Ein 15jähriger Junge von hier legte eine scharfe Patrone auf den heißen Herd. Die Patrone explodierte und verletzte den Leichtsinigen schwer am Unterleib, Bein und im Gesicht.

Adm, 6. Jan. (Mobilmachung der Rheinflotte.) Die englische Behörde hat die Direktion der Admischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft angewiesen innerhalb 10 Tagen ihre ganze Flotte fahrdert in Ordnung zu bringen. Die größte Anzahl der Schiffe war betriebsfähig, aber mehrere lagen doch schon seit Beginn des Krieges still. So werden denn auch die größten Flußdampfer Europas, „Vorussia“ und „Mäher“, sowie die Salonborddecker „Barbarossa“ und „Hansa“ demnächst auslaufen. Neuzulassung sind sie leider infolge Oelmangels in Verfall geraten. Ein halbes Dutzend Boote war gestern schon dienstbereit. Zweck sind große Gefangenentransporte nach Holland von Sammelstellen am Oberrhein, Bahn und Duisburg aus. Auch die Düsseldorf-Gesellschaft hat eine Anzahl Schiffe bereitgestellt.

in schönem Fall um ihren jüdischen Körper und hatte eine kleine Schleppe. Sie sah wunderschön aus in dieser vornehmen, eleganten Robe, die trotz der scheinbaren Echtheit sehr kostbar war. Als Schmutz trug sie ein den feinen Hals knapp umgebendes mehrschichtiges Perlenhalsband aus ihrer eigenen Schmuckstücke. Diese Perlen waren aber viel kleiner und bei weitem nicht so wertvoll wie die zum Familienschmuck gehörige Perlenschnur.

Graf Henning sah sichtlich frappiert auf die blendend schöne Erscheinung und dachte an sich selbst: „Donnerwetter!“

Heute erschien sie ihm etwas angenehmer und menschlicher, als in ihrer imponierenden Trauertochter. Sein heiterer Sinn war schon viel empfänglicher für dies leichte, festliche Weiß, und für Frauenschönheit war er nicht blind.

Er lächelte ihr galant und ritterlich die Hand, während er sich, die Haden zusammenschlagend, vor ihr verneigte.

„Ich freue mich, dich wiederzusehen, lieber Better“, sagte die Gräfin scheinbar gut gelaunt. Es war ihr nicht entgangen, daß ihr Anblick ihn blendete, und das freute sie.

„Die Freude ist auf meiner Seite, Gerlinde. Wir haben uns lange nicht gesehen.“

„Weider; du hast dich in Ramberg sehr rar gemacht. Wie es dir geht, brauche ich nicht zu fragen. Du siehst aus, wie das lachende Leben selbst.“

Sobald die Gräfin zu sprechen begann, verflog der angenehme Eindruck, den sie momentan auf ihn gemacht hatte. Er sah, daß ihre Augen kalt blickten und nicht teilnahmen an ihren liebenswürdigen Worten. Und der spröde, kühle Klang ihrer Stimme weckte seine Antipathie aufs neue. Wie immer hatte er nun das Gefühl, daß sie sich anders gab, als sie war, und daß etwas wie Falschheit in ihrem Wesen lauerte. Das Lichte, Strahlende in ihrer Erscheinung hatte ihn einen Moment getäuscht. Nun sah er, daß es noch dieselbe Gerlinde war, für die sich sein Herz nicht erwärmen konnte.

Wenn ich dasselbe von dir sagen würde, könnte ich dir vielleicht banal erscheinen. Und davor muß man

sich hüten, einer so geistvollen Frau gegenüber. In meinem eigenen Spachsatz finde ich aber nicht das passende Wort, um dir zu sagen, wie du mich soeben durch dein Aussehen geblendet hast. Ich freue mich jedenfalls, daß du nicht mehr schwarze Kleider trägst. Ich glaube wahrhaftig, schöner als in diesem lichten Weiß kannst du nicht mehr aussehen“, sagte er so artig, als es seine Antipathie zuließ.

Sie lächelte — ein lächles, formelles Lächeln. Feinsinnig hatte sie längst bemerkt, daß Henning nicht viel für sie übrig hatte, und es lag nicht in ihrem Charakter, um Sympathie zu werben, wenn es ihr nicht aus einem Grunde erstrebenswert erschien.

„Du hast in Berlin gelernt, Komplimente zu machen, Better.“

„Nur wo sie angebracht erscheinen. Geht es dir gut, Gerlinde?“

„Danke. Man muß zufrieden sein und sich bescheiden lernen.“

„Das klingt für eine schöne Frau viel zu resigniert, und ich glaube bei dir nicht an diese Resignation.“

„Warum nicht?“ fragte sie ihn mit blühenden Augen.

„Ich sah sie lächelnd an.“

„Weil in deinen Augen noch eine hohe Forderung an das Leben liegt.“

„Ei — bist du ein so scharfer Seelenkennner?“ spottete sie lächelnd.

Er wiegte das Haupt hin und her.

„Vielleicht sind deine Augen nur zu verräterisch. Sie sind so voll Leben und voll stolzer Energie. Von Resignation ist keine Spur darin.“

„Ei, Better, wie drollig finde ich dich in der Rolle des Menschenkenners.“

Sie lachte scharf und spöttisch auf.

Graf Henning lachte harmlos mit. Er hatte seine Worte ohne jeden Hintergedanken gewählt, so, wie man mit Menschen plaudert, denen man von seinem Innersten nichts zu sagen hat und denen gegenüber man sich mit Phrasen begibt.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Bürgererrat von Groß-Berlin (Geschäftsstelle Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 6-7, Telefon Norden 8108) beruft auf Grund zahlreicher Aufforderungen aus dem Reich Sonntag, den 5. Januar 1919 einen Reichsbürgertag nach Berlin ein, zu dem alle Bürger der Reichs- und Deutsch-Oesterreich eingeladen werden, für je 100 000 Einwohner des von ihnen vertretenen Bezirks einen Delegierten, mindestens aber zwei Delegierte zu entsenden. Nähere Angaben über die vorgesehenen Referate, sowie über die Tagesordnung und Redner werden folgen. Alle Bürger der Reichs- und Deutsch-Oesterreich werden gebeten, falls dies noch nicht geschehen ist, sich mit dem Bürgererrat Groß-Berlins umgehend in Verbindung zu setzen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Posen hat den Wunsch ausgesprochen, daß an den höheren Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend in Posen allen Schülern und Schülerinnen polnischer Muttersprache der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt wird. Das Kultusministerium hat zugesagt, nach Möglichkeit diesen Wunsch zu erfüllen.

Aus Kopenhagen traf eine Meldung ein, die die Antwort Joffes auf die Erklärung Barths und Haases in der Waffenangelegenheit bildet und die Diskussion in schärfster Weise fortsetzt. Joffe behauptet, daß Barth sehr wohl um den Ursprung des ihm durch deutsche Genossen übergebenen Geldes gewußt habe. Joffe behandelt Barth und Haase sehr von oben herab und nennt sehr hohe Summen, die er für die deutsche Revolution zur Verfügung gestellt hätte. Der „Vorwärts“ meint, der offensichtliche Zweck der neuen Intrigen Joffes sei, die Reichsregierung durch schwerste Kompromittierung ihrer radikalsten Mitglieder, die persönlich unmöglich gemacht werden sollten, zu strengen.

Polen.

Wie das „Echo de Paris“ meldet, hat der polnische Staat den Ausfluß an den Verbands vollzogen. Die noch auf polnischem Gebiete stehenden deutschen Truppen sollen umgehend entwaffnet werden.

Finnland.

Zur Wahrung der Interessen Finnlands auf der Friedenskonferenz sind Professor Nis, Hirn und Dr. Adolph Lönngrén ausgeschieden und werden in nächster Zeit nach Paris abreisen.

Kleine Meldungen.

Berlin. Nach einer aus Tiflis (Kaukasus) eingegangenen Meldung vom 25. Dezember sind die letzten Truppen am 23. Dezember abgereist. Zurückgelassen wurden nur die Kranken, die auch weiter in deutschen Lazareten behandelt und versorgt werden. Die deutsche diplomatische Delegation, der General von Freß und das Personal der deutschen Gesandtschaft im Kaukasus, sind ebenfalls in Tiflis geblieben. Alle befinden sich wohl.

Selzig. Die sächsische Regierung lehnte die nachgehende Kohlenpreiserhöhung ab und beschloß Verstaatlichung und Sozialisierung der sächsischen Kohlenbergwerke.

Warschau. Die polnische Nationalversammlung findet, wie die „Voss. Ztg.“ hört, am 26. Januar in Warschau statt.

Locales und Provinzielles.

Stadt und Land.

Von Th. Horn, Wiesbaden.

Fortsetzung.

Waren in den Städten die Einwohner wegen einer angeblichen Nachlässigkeit der Landwirte im Ablefern der Erzeugnisse erregt, so war die nicht Landwirtschaft betreibende Bevölkerung der ebenso wie die Städte selbst in Mitleidenschaft gezogenen Vororte noch mehr beim Anblick der so verlockend aussehenden und doch zu wenig enthaltenen Verteilungspläne an Lebensmitteln in der Stadt. Der Gegensatz der größtenteils zwischen Stadt und Land hervorzuheben wäre, kommt also in den Stadtvororten, die teils ländlichen teils städtischen Charakter haben, noch fühlbarer zusammen. Wenn auch einerseits in dem einen oder anderen Artikel (Kartoffeln, Gemüse usw.) ein Ausgleich durch leichtere Lieferungsbedingungen innerhalb einer solchen „gemischten“ Gemeinde vorliegt, so ist dies andererseits in den Zuteilungen durch den Versorgungsverband im prozentualen Verhältnis der Versorgungsberechtigten aber auch wieder in den für beide Teile gleichwertigen und benötigten Bedarfsmitteln viel schlechter bedacht. Der Verteilungsplan der Städte enthält zum weitestgehenden Teile ja nur das, was tatsächlich der Versorgungsberechtigten zugewiesen werden muß und zur Lebensführung nötig ist; obwohl, was feststeht, niemand hiervon allein leben kann und jeder Stadteinwohner auf „Beziehungen“ und „Quellen“ sei es durch Schleichhändler oder durch eigenes Hamsterfahren angewiesen ist. Die größere Erregung der hungernden Stadtbewohner galt jedoch bisher nicht der Landwirtschaft als solche, die nicht ihrer Lieferungsverpflichtung nachkomme, nein, wo nicht ist, bleibt jedes weitere Anrecht verloren; und der Bauer, wenn er auch noch mehr hat, als der Städter und selbst den Krieg und Hunger kaum verspürte, es ist das, was er zeugt von jeher ja auch sein Eigentum gewesen und niemand auch der Städter nicht würde im gleichen Maße das was er selbst besitzt und wieder benötigt, sich wegnehmen oder überhaupt freitig machen lassen; nein, die Erbitterung der Stadtbewohner richtet sich gegen die unerhörten Preistreiber und die wucherhafte Verteuerung der nötigsten Bedarfsartikel.

Hierin liegt der zur gegenseitigen Mißgunst, jedoch nicht nur der Landwirtschaft sondern auch dem gesamten so sehr verteuerten Produktionshandel gegenüber und die Ursache unseres plötzlichen schmerzvollen Zusammenbruchs.

Gewiß hat man versucht, die Kluft zwischen Stadt und Land, die sich immer mehr erweitern mußte, zur Anbahnung des Zusammenwirkens und des besseren Ausgleiches zu überbrücken, man hat Arbeitskräfte auch Stadtkinder zur Ernteernte aufs Land verwiesen, hat in Schriften und Blättern, soweit die Zensur gestattete, viel über das „Wenn“ und „Aber“ zwischen Stadt und Land geschrieben, jedoch war der Krieg mit seinen eingreifenden und verfügenden Maßnahmen ein Keil in das friedliche zusammenhaltende Verhältnis, ein Keil der immer fester durch einschneidende Verbordnungen angetrieben wurde. (Schluß folgt.)

Der Eisenbahnverkehr ab Mainz (Hauptbahnhof). Die Eisenbahndirektion Mainz gibt im Anzeigenteil den Fahrplan des über die obere Rheinbrücke wieder aufgenommenen Zugverkehrs in der Richtung Mainz-Frankfurt a. M. und Mainz-Darmstadt bekannt. Als Kontrollstationen für die bis und ab Frankfurt a. M. und bis und ab Darmstadt verkehrenden Züge gilt Goldstein bzw. Wellerstadt. Diese Züge dürfen über die Vorpostenlinie hinaus und umgekehrt nur von Arbeitern und Angestellten (auch Industrie usw.) mit vorgeschriebenem Ausweis, jedoch ohne Gepäck, benutzt werden. Ein Appell der demobilisierten Mannschaften findet am kommenden Sonntag in Bierstadt nach einer Bekanntmachung in heutiger Nummer statt.

Eingefandt.

Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

Das Eingefandt in Nr. 2 der Bierstädter Ztg. ist jedem Revidierenden aus der Seele gesprochen. Wie oft haben die hies. Gemeindebeamten angefeht, um eine Besserung ihrer Lage zu erreichen? Immer und immer wieder wurden ihre Gesuche abgelehnt. Um wieviel geringer ist das Gehalt der hies. Lehrer gegenüber den Lehrern in Wiesbaden u. doch sind die Wiesbadener Lehrer jetzt wiederum erhöht und den Frankfurter Lehrern gleichgestellt worden. Jeder Geschäftstreibende, jeder Handwerker setzt jetzt seine Preise derart fest, daß er in diesen Zeiten nicht nur bestehen kann, sondern, daß ihm noch ein erkleckliches Sümmchen übrig bleibt. Kann dies auch der Beamte? Nein, und sollten die Lehrentgeltszulagen auch noch so hohe sein. Man denke doch einmal einige Jahre zurück, als noch alles zu billigen Preisen zu haben war. Konnten damals vielleicht die kleinen Beamten Kapitalien zurücklegen? Wiederum nein, denn wenn das Jahr herum war, so war man froh, wenn man sich wieder einmal redlich durchgeschlagen hatte. Und nun sollte der Beamte mit dem geringen Gehalte bestehen können da alles mindestens um das 3fache, vieles aber um das 8 bis 10fache gestiegen ist! Oder ist dem nicht so?

Die Eingemeindung möchte unseren Beamten und Lehrern ihre Wünsche erfüllen. Aber es gibt hierorts Leute die gegen die Eingemeindung sind, dem Beamten zwar eine Besserstellung von Herzen gönnen, aber wenn es gilt eine Lauge für sie zu brechen, vollauf versagen. Ja, mit schönen Redensarten ist hier nichts zu machen, man muß auch Taten sehen. Die Beamten und Lehrer haben in den 4 Kriegsjahren harte Arbeit schaffen müssen und viele unter ihnen haben fruchtbar da mitgewirkt, wo es not tat. Unter allen Umständen muß unseren Beamten und Lehrern dasjenige Gehalt zuteil werden, das die anderen Vorort-Gemeinden bewilligen. Hätte man vor zwei drei Jahren schon etwas bewilligt, dann braucht man jetzt nicht so tief in den Gemeindefiskus zu greifen. Also auf zur Tat!

Satzung der Erwerbslosenfürsorge für die Gemeinde Bierstadt.

Auf Grund der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftl. Demobilisierung vom 13. Novbr. 1918 (RGBl. S. 1305) wird für den Bezirk der Gemeinde Bierstadt eine Fürsorge für Erwerbslose nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eingerichtet:

I Voraussetzung der Unterstützung.

Erwerbslosenfürsorge wird solchen Personen gewährt, welche 1. über 14 Jahre alt sind, 2. arbeitsfähig und arbeitswillig sind und sich infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden. Eine bedürftige Lage ist nur anzunehmen, wenn die Einnahmen des zu Unterstützenden einschließlich der Einnahmen der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen infolge gänzlicher oder teilweiser Erwerbslosigkeit derart zurückgegangen sind, daß er nicht mehr imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten, 3. im Bezirk der Gemeinde Bierstadt ihren Wohnort haben, 4. mindestens eine Woche arbeitslos sind. Die Erwerbslosenfürsorge hat nicht den Rechtscharakter der Armenpflege.

§ 2

Für Kriegsteilnehmer gilt abweichend von den Bestimmungen des § 1 Ziffer 3 und 4 folgendes:

1. Erwerbslosenfürsorge wird den Kriegsteilnehmern gewährt, wenn sie vor ihrer Einziehung zum Heer im Bezirk der Gemeinde Bierstadt gewohnt haben. Kriegsteilnehmer, die vor der Einziehung zum Heer nicht im Bezirk der Gemeinde Bierstadt gewohnt haben, sich aber nach der Demobilisierung dort aufhalten, erhalten nur vorläufige Unterstützung, die vorläufige für Rechnung der Gemeinde ihres früheren Wohnorts gezahlt wird.

2. Die Bestimmung des § 1 Nr. 4 über die Wartezeit gilt nicht für Kriegsteilnehmer. Voraussetzung für die Erwerbslosenfürsorge des Kriegsteilnehmers ist der Nachweis seiner ordnungsmäßigen Entlassung.

§ 3

Weibliche Personen sind nur zu unterstützen, wenn sie auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Personen, deren frühere Ernährer arbeitsfähig zurückkehren, erhalten keine Erwerbslosenfürsorge.

§ 4
Ausgeschlossen von der Unterstützung sind Empfänger laufender Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln; im übrigen sind Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht, sowie Rentenbezüge, Zinsen u. dergl. auf die Erwerbslosenfürsorge nur soweit anzurechnen, als die Erwerbslosenfürsorge und sonstige Unterstützungen, Rentenbezüge, Zinsen u. dergl. zusammen den zweifachen Ortslohn übersteigen.

§ 5
Kleinerer Besig (Spargroschen, Wohnungseinrichtung) sind für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht zu ziehen.

II Uebernahme von Arbeit

§ 6
Der Empfänger der Unterstützung ist verpflichtet, nach Maßgabe der von dem Gemeindevorstand festzusetzenden Bestimmungen den von der Gemeinde anerkannten und zuständigen Arbeitsnachweis aufzusuchen und jede ihm nachgewiesene geeignete Arbeit auch außerhalb seines Berufs und Wohnorts, namentlich in dem früheren Beschäftigungsort und dem vor dem Kriege bewohnten Ort sowie zu gekürzter Arbeitszeit, anzunehmen, sofern für die nachgewiesene Arbeit angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, die nachgewiesene Arbeit die Gesundheit nicht schädigt, die Unterbringung sittlich bedenkfrei ist und bei Verheirateten die Versorgung der Familie nicht unmöglich wird.

Freie Fahrt (Fahrkarte) zur Reise in den Beschäftigungsort ist aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen.

§ 7

Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, sollen möglichst in den früheren Wohnort zurückkehren. Um ihnen die Rückkehr in den früheren Wohnort zu erleichtern, ist unverzüglich für sie die Arbeitsvermittlung (§ 6) in die Wege zu leiten. Diesen Personen ist, auch ohne daß ihnen bereits Arbeit an ihrem früheren Wohn- oder Beschäftigungsort nachgewiesen ist, freie Fahrt (Fahrkarte) zur Reise dorthin aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen; nach § 5 der Verordnung vom 13. November 1918 ist die Gemeinde des früheren Wohnorts nach Rückkehr dieser Person zu ihrer Unterstützung verpflichtet.

III

Art und Höhe der Unterstützung

§ 8
Die nach den Vorschriften der §§ 1-5 zu gewährende Erwerbslosenfürsorge beträgt bei gänzlicher Erwerbslosigkeit für jeden arbeitslosen Wochentag

a) für den Haushaltungsvorstand	2. M.
b) für dessen Ehefrau	1.50 "
c) erwerbsunf. Kinder bis einschl. 3	1. — "
d) für jedes weitere Kind	0.50 "
e) Miete u. Heizung	0.50 "
f) für alleinstehende Personen	3. — "
g) ledige, bei ihrer Familie wohnende Personen	2.50 "

Erreichen Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht, so erhalten sie für die ausgefallenen Arbeitsstunden Erwerbslosenfürsorge, sofern 70 v. H. ihres regelmäßigen Arbeitsverdienstes den doppelten Unterstützungsbetrag im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen? Der fehlende Betrag ist als Erwerbslosenfürsorge zu zahlen.

An Stelle der Geldunterstützungen können nach näherer Bestimmung des Gemeindevorstandes Sachleistungen treten.

§ 9

Sämtliche nicht in einer Privatkranken- oder Unfallversicherung versicherten Empfänger der Unterstützung sind sofort bei der Ortskranken- oder Unfallversicherung anzumelden und zwar Verheiratete in die 7. und alleinstehende Personen in die 5. Stufe.

Die Zahlung der Beiträge erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen.

IV

Auszahlung

§ 10
Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt wöchentlich durch die Gemeinde an den von dieser festzusetzenden Zahlstellen und nach näher zu bestimmenden Zeitpunkten durch die Gemeindefasse.

Auf Antrag einer Arbeitnehmerorganisation wird dieser die Auszahlung übertragen, falls sie

- ihren Mitgliedern satzungsgemäß eine Erwerbslosenfürsorge (Arbeitslosenfürsorge) gewährt,
- ausreichende Gewähr dafür bietet, daß die Auszahlung der Unterstützung ordnungsmäßig erfolgt.

V

Kontrolle

§ 11
Die Kontrolle der Unterstützungsempfänger geschieht durch von dem Gemeindevorstand angestellte oder beauftragte Personen, welche mit einem Ausweis zu versehen sind. Unter den entsprechenden Voraussetzungen des § 10 wird auf Antrag die Kontrolle den Organisationen übertragen. Der Gemeindevorstand kann nach Anhörung des Fürsorgeausschusses besondere Kontrollvorschriften erlassen.

VI Besondere Vorschriften für Jugendliche.

§ 12
Für Jugendliche Personen beiderlei Geschlechts im Alter zwischen 14 bis 20 Jahren kann die Bewilligung und Auszahlung der Unterstützung nach Maßgabe besonderer von dem Gemeindevorstand zu verfassender Bestimmungen abhängig gemacht werden von der Teilnahme an der Allgemeinbildung dienenden Veranstaltungen, sachlicher Ausbildung, Besuch von Werkstätten und Lehrkursen u. dergl. Der Fürsorgeausschuß (§ 15) ist vor dem Erlaß dieser Bestimmungen zu hören.

VII

Fortfall der Unterstützungen und Ausschließungsgründe

§ 13
Die Fortzahlung der Unterstützung kann ganz oder teilweise aufgehoben werden, wenn festgestellt wird, daß die Voraussetzungen hierfür (§§ 1—5) ganz oder zum Teil nicht mehr vorliegen.

§ 14
Der Ausschluß von dem Bezuge der Fürsorge erfolgt
a) wenn der Unterstützungsempfänger die Fürsorge mißbraucht, insbesondere wenn er die Unterstützung durch unwahre Angaben oder Verschweigung von Tatsachen erlangt hat oder weiter bezieht,
b) wenn der Unterstützungsempfänger die von dem Gemeindevorstand gemäß § 11 erlassenen Kontrollvorschriften nicht beachtet.

VIII
Fürsorgeauschuß
§ 15

Für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge wird ein Gemeinde-Fürsorgeauschuß errichtet, der unter dem Vorsitz einer von dem Gemeindevorstand zu ernennenden Person aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern besteht. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden von dem Gemeindevorstand bestellt, sie sind zunächst aus den in der Gemeinde vorhandenen Berufsvereinigungen zu nehmen.

Der Fürsorgeauschuß entscheidet über Streitigkeiten in Angelegenheiten der Erwerbslosenfürsorge; über Beschwerden gegen Entscheidungen des Fürsorgeauschusses entscheidet die Kommunalaufsichtsbehörde endgültig.

IX
Ausführungsbestimmungen
§ 16

Dem Gemeindevorstand bleibt vorbehalten, Ausführungsbestimmungen — insbesondere über die Organisation und Geschäftsführung der Erwerbslosenfürsorge — nach Anhörung des Fürsorgeauschusses zu erlassen.

X
Inkrafttreten
§ 17

Diese Bestimmungen treten sofort in Kraft.
Bierstadt, den 31. Dezember 1918.

Der Gemeinderat.

Bekanntmachungen.

Sämtliche demobilisierten Mannschaften der hiesigen Gemeinde haben sich spätestens am 9. ds. Mts. Mittag 12 Uhr auf der Bürgermeisterei hier selbst anzumelden.

Am Sonntag den 12. ds. Mts. Vormittags 11 Uhr findet auf dem freien Platz an der Schule in der Schulstraße hier selbst ein Apell der sämtlichen demobilisierten Mannschaften der hiesigen Gemeinde statt. Zu diesem Apell haben sämtliche demobilisierten Mannschaften pünktlich zu erscheinen und ihre Militärpapiere mitzubringen.

Wer nicht oder nicht pünktlich erscheint hat schwere Strafe zu gewärtigen.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Der Bedarf von Saatgut an Gerste, Hafer, Sommerweizen, Wicken, Feld- und Gartenerbsen, Feld- und Gartenbohnen, Mais, Frühkartoffeln, Zwiebeln und Kohlsamen ist bis zum 15. Januar 1919 auf der Bürgermeisterei hier selbst anzumelden.

Die bestellt werdenden Mengen müssen von den Bestellern abgenommen werden.

Bierstadt, den 7. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Am Mittwoch den 8. Januar vormittags von 8 bis 12 Uhr werden die Zuckerschnittarten ausgegeben.

Am Donnerstag den 9. Januar 1919 vormittags von 8 bis 12 Uhr werden die neuen Zuckerarten verausgabt. Die Zuckerschnittarten sind mitzubringen.

Bierstadt, den 2. Jan. 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Vom 1. Januar 1919 ab übe ich ärztliche Praxis (auch Kassenpraxis) nach Bierstadt aus. Sprechzeit: 8 $\frac{1}{2}$ —9 $\frac{1}{2}$ täglich; 4—5 ausser Donnerstag und Sonntag.

Sanitätsrat Dr. Mügge

Tel. 3162. Bierstadterstr. 60.

Dankagung.

Für die vielen Beweise, herzlicher Teilnahme, bei dem Hinscheiden unserer unvergesslichen Entschlafenen, sowie für die vielen Kranz- und Blumenpenden und dem Grabgesang der Kameraden sagen wir hierdurch unseren innigsten Dank.

Familie Karl Külp und Geschwister.

Bierstadt, den 7. Jan. 1919.

Beleuchtungskörper

modern, grosse Auswahl, billigste Preise.

Flack, Wiesbaden, Luisenstrasse 44
neben Residenztheater

**Trauerhüte
Trauerschleier
Trauerfloren**

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Ullmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telefon 2972.

Beachten Sie unsere Inserate!



Achtung! Wählerinnen und Wähler
— Bierstadt. —

Samstag, den 11. Januar, abends 6 Uhr,
bei Schiebener Saalbau „Zur Rose“

Grosse öffentliche
Wählerversammlung

Tagesordnung:

Wen wählen wir zur Nationalversammlung?
Referent: Gewerkschaftssekretär Otto Haese.

Wählerinnen und Wähler!

Die Zeit bis zur Wahl ist nur kurz, Es ist deshalb notwendig, daß sich jeder informiert, wenn er bei der Wahl seine Stimme geben will. Erscheint daher in Massen in dieser Versammlung.

Der Vorstand
der sozialdemokratischen Partei.



Prima Pferdefleisch

von frischgeschlachteten Ia Bauernpferden
täglich frisch zu haben

Bierstadt, Jgstadterstr. 5.

Nach meiner jetzt erfolgten Rückkehr aus dem Feld, habe ich die Praxis des verstorbenen Stabveterinärs a. D. und prakt. Tierarztes Dr. Book übernommen. Ich praktiziere im gleichen Hause Wiesbaden, Moritzstraße 21.

Dr. med. vet. Karl Kahn,

prakt. Tierarzt.

Nr. des Telefonanschlusses wird später bekanntgegeben.

Zahnarzt

Ernst Cramer

hat seine Praxis wieder aufgenommen

Wiesbaden, Rheinstraße 33, I.

Sprechstunden 9—1, Sonntags 11—12.

Kleider und Schuhe

auch reparaturbedürft. kauft höchstzahl.
Endwig, Wiesbaden, Mauritiusstr. 6.

Die Geschäftsstelle des
Volksausschusses

befindet sich Wiesbaden, Luisenstraße 26 in den Räumen des Kaufmännischen Vereins. Dort werden alle einschlägigen Auskünfte erteilt. Geschäftszeit: 8—12 und 2—5 Uhr.

Küchschneiderei u. Pelzwarenverkauf
Wiesbaden Langgasse 39, I.

Reparaturen, Umarbeitungen sowie Neuanfertigungen werden nach wie vor praktisch und fachgemäß ausgeführt.

Küchschneider **D. Brandis.**

Wohnungs- u. Ladeneinrichtungen
fertigen in einfachster wie reichster Ausführung

Küchen

in Amerik. liefern in solider Arbeit vorrätig.

Karl Blumer & Sohn

Werkstätten für Innenausbau, Möbel- und Ladeneinrichtungen

Dohheimer Str. 61 Wiesbaden Fernsprecher 113.

Meine kräftigen

Wand-Kaffeemühlen

mahlen fast alles.

Ph. Krämer, Wiesbaden, Langgasse 26.

Eine Bettstelle mit Patentrahmen und ein gr. Panelbrett sowie kleiner Tisch vierteil. zu verkaufen. Bierstadter Höhe Nr. 10.

1 gu. erhalt. Schreibtisch, 1 fünfarmig. Gaslüster 1 gebraucht. Kinderbett, 1 kräft. Sportwagen, ohne Verdeck u. 1 gr. Petroleumhängelampe sof. zu verk. bei Hofmeister, Bierstadter Höhe 58.

Älterer Herr. sucht auf Bierst. Höhe möbl. Zimmer mit Kaffee Mäheres Bierst. Zeitung

**Stener-
Erklärungen**

u. Berufungen Vermögens-Verwaltungen, Einrichtungen, Fortführ., Abschluß und Revision von Geschäftsbüchern, Ausarb. von Schriftsätzen und Gutachten abern. in pünktl. gewissenh. und versch. Weise bei mäßigen Honorar

Heinrich Leicher
Bücherrevisor und kaufm. Sachverständiger,
Wiesbaden,
Bahnhofstr. 2. Tel. 743.

Empfehle:

Emallack weiß,
Brauburger Friedensqualität. Copallack für Innen- und Außenanstrich, Copalpolitur Sarglack schnell trocknend u. tief schwarz, Nähmaschinen-öl etc.

**Drogerie
Arthur Lehmann**
— Bierstadt —
Wiesbadenerstraße 4,
Ecke Adlerstr.
gegenüber der Post.
— Telefon 3267. —

Deutschen
schwarzen Tee"

einen vollwertigen Ersatz für chinesischen Tee, hochfeines Aroma und wohlbekömmlich im Genuße in Paketen zu 50 Pfg und 1.— M. Kempflecht

**Drogerie
Arthur Lehmann,**
Bierstadt, Wiesbadenerstraße 4, Ecke Adlerstraße.
Telefon 3267.

Fernruf 743.

**Kaufmännische
Privatschule**

Heinrich Leicher

Gegründet 1898.
Wiesbaden,
2 Bahnhofstraße 2,
Ecke Rheinstraße.

Beginn neuer
Tag- u. Abendkurse
Lehrpläne
gerne zu Diensten.

Frisch eingetroffen:
Schmierseife-

Waschmittel, Seifenpulver „ma-fensfrei“ „Burnus“, wäscht Wäsche wunderbar. Bleichhülse, Chloralkal., Ungaria-Stärke, Essig, Essenz, Röhrenzündhölzer etc.
**Drogerie
Arthur Lehmann,**
— Bierstadt —
Wiesbadenerstraße 4, Ecke gegenüber der Post.
Telephon 3267.

**Trauerhüte
Trauerschleier**

in allen
Preislagen
stets vorrätig

**Heinrich
Fried**

Wiesbaden
Kirchgasse 52
Fernspr. 6599